

15.5.2002

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Zur Urabstimmung auch in Bayern schreiten

## METALLERSTREIK

# Urabstimmung in Bayern jetzt!

Innerhalb von 2 Wochen beteiligten sich in Bayern 285.000 Kolleginnen und Kollegen an den Warnstreiks der IG Metall. Fast eine Million zeigten bundesweit ihre Kampfbereitschaft. Doch im Lande des Kandidaten fliehen immer mehr Unternehmer aus ihrem Verband VBM<sup>(1)</sup> und suchen Unterschlupf im „Bayme“<sup>(2)</sup>. Sie meinen, die erwarteten Tarifierhöhungen nicht zahlen zu müssen.

### Dann eben Häuserkampf!

Sie wollen die Arbeitszeit verlängern bei gleichem Lohn oder das Urlaubsgeld verweigern. Alles, ohne Betriebsrat oder IG Metall fürchten zu müssen. Denn wo kein Tarifvertrag gilt, können die Betriebsräte nicht die Einhaltung z.B. der 35-Stunden-Woche fordern.

Kollege Neugebauer, der Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, kündigte an, die ausgetretenen Betriebe einzeln zu bestreiken. „Das ist dann Häuserkampf“, so Neugebauer. Bayme hat inzwischen mehr Mit-

glieder als der VBM. Und ist perfiderweise eine Tochter desselben.

### Urabstimmung sofort!

Um den Umtrieben der Unternehmer etwas entgegen zu setzen, müssen die Kolleginnen und Kollegen jetzt zur Urabstimmung gerufen werden! Die Stimmung in den bayerischen Metallbetrieben ist noch immer so, dass die Frage steht: Wann streiken wir?!

Fortsetzung auf Seite 2

## GENERALSTREIK IN ITALIEN

# „La lotta continua!“

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Diese Losung der Internationalen Arbeiterbewegung ist am 16. April in Italien in einem wahren Volksstreik zur lebendigen Wirklichkeit geworden.

Für acht Stunden legte im ganzen Land die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten die Arbeit nieder.

Zu der Kampfkraft hatten die drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL aufgerufen. Die Maschinen und Fließbänder standen still, die Büros der öffentlichen Dienste, Kaufhäuser, die meisten Läden, Kinos und Theater, Schulen und Universitäten blieben geschlossen, der Verkehr auf Schiene, Straße und in der Luft ruhte, in den Krankenhäusern arbeitete nur ein Notdienst, außer zwei Ber-

lusconi-Blättern erschienen keine Zeitungen, da deren Journalisten und Drucker bereits am Vortag die Arbeit niedergelegt hatten.

Selbst in der vom Minister der faschistischen AN kontrollierten staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI beteiligte sich ein Teil der Journalisten am



Nach über 20 Jahren wieder Generalstreik in Italien, hier in Rom am 16. April

Fortsetzung auf Seite 4

Ein kämpferischer 1. Mai in München - ein Rückblick ..... 6

Serie Gesundheitsreform: Gesundheit für alle - nicht nur für Reiche ..... 7

Am 11. Mai jährte sich der 50. Todestag von Philipp Müller ..... 8

Fortsetzung von Seite 1

## Urabstimmung in Bayern jetzt!

Dazu kommt noch der Umstand, dass in Bayern nicht etwa ein 3,3% - Angebot auf dem Tisch liegt wie im Südwesten. Nein! Von Seiten des VBM sind nach wie vor 2% angeboten, dann wurden die Verhandlungen abgebrochen. Ein Abschluss - wie auch immer - muss für uns in Stoiberland nicht selbstverständlich gelten!

Es muss also durch eine sofortige Urabstimmung verhindert werden, dass sich eine Haltung des Zuschauens breit macht.

*Nicht kleckern, klotzen!*

Es tut schon gut, zu hören, dass bei Porsche 2.000 Kollegen die Bude dicht machen. Wenn die Kapitalisten den Ausfall über den Preis reinholen wollen, dann werden die Schüsseln eben teurer. Denn die Schnösel können zahlen. 11 Millionen Euro kostet ein Tag Streik, 145 Krafteier können nicht gefertigt werden.

Daimler und Audi ging es ebenso, aber nur für 2 Tage. Kollegen fragen sich, ob die Taktik des Flexistreiks aufgeht. Klar, über allen Anstrengungen hängt seit 1986 die Drohung der Kalten Aussperrung, wenn durch sogenannte Fernwirkung ein Betrieb nicht produzieren kann. Die rot-grüne Regierung versprach die Aufhebung des §116, passiert ist nichts.

Also dann besser einen gescheiterten Flächenstreik, wo gar keine Fernwirkungen auftreten können. Gleich die Automobilwerke angreifen, statt mit den Zulieferern zu kleckern! Dass die Kolleginnen und Kollegen überall dazu bereit sind, daran besteht kein Zweifel! *krn*

(1) Verband der bayerischen Metallindustrie

(2) Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e.V.

„Alle Räder stehen still ...“



MAN, 10.4. und 18.4



Die Betriebe im Münchner Osten, 17.4



Kraus Maffei, 11.4 und 15.4.



Knorr Bremse 13.4.

**BMW**

Die Beteiligung am Warnstreik war sichtlich größer als sonst. In Zehnerreihen marschierten die BMW-Werker aus dem Werkstor raus. Nach Angaben der Polizei waren es 6.000. Am Vortag sah der Münchner Norden den Aufmarsch von 7.000 KollegInnen von MTU und MAN.

**oce**

Die Fertigung stand still, weil 200 Kolleginnen und Kollegen des Druckerwerks in Poing bei München am Warnstreik der IG Metall teilnahmen.

Auf einem großen Transparent protestierten sie gegen den Abbau von Arbeitsplätzen im Werk.

**Streiknachrichten****Siemens Neuperlach**

Die IG Metall am Standort rief auf, mittags vor der Kantine gegen die 2 % zu protestieren. Der sogenannte Arbeitgeber verbot, im Gelände zu demonstrieren. So gingen die KollegInnen nach draußen. Der sogenannte Werkschutz untersagte außerdem den Gebrauch von Trillerpfeifen und nahm einige Ratschen ab. Diese Schikanen verleihen der viel beachteten Aktion zusätzlichen Aufmerksamkeitswert.

**Infineon**

Ein Warnstreik legte die Chipfertigung in Neuperlach still. Die KollegInnen folgten geschlossen dem Aufruf der IG Metall und marschierten mit zur Kundgebung am Weißenburger Platz. Um ein Silizium-Denkmal zu verhindern, wurde ein Notbetrieb aufrechterhalten.

**GKN Aubing**

Bei der Tochter von EADS (ehemals DASA) ist Feuer am Dach. Auf der Betriebsversammlung erklärte die Geschäftsführung, die Tarifierhöhung mit den Sonderzulagen verrechnen zu wollen. Darauf hin beteiligten sich am Warnstreik 170 der 390 Beschäftigten.

**Kürzungen bei Karstadt**

Nach massiven Personalabbau nun Streichung der Sozialleistungen.

Der Vorstand streicht:

Sachzuwendung Weihnachtsgeld  
Kasinozuschuss  
Übertariflicher Teil der Jahresabschlußvergütung  
Treueurlaub ( Zusatzurlaub )  
Übertarifliche Zulagen  
Leistungslohn  
Prämien  
Krankengeldzuschuß nach der Betriebsordnung  
Heirats- und Geburtsbeihilfen

Die Aktionäre streichen ein:

11,5 Mio. Euro  
9,8 Mio. Euro  
2,5 Mio. Euro  
8,2 Mio. Euro  
1,0 Mio. Euro  
7,8 Mio. Euro  
4,2 Mio. Euro  
610 Tsd. Euro  
20 Tsd. Euro

Das sind pro Mitarbeiter durchschnittlich 1000 Euro weniger pro Jahr.

Die Gewerkschaft ver.di ruft alle Karstadt-Beschäftigten auf, sich an den Unterschriftensammlungen und Protestaktionen zu beteiligen sowie sich aktiv in die Tarifaussensetzungen des Einzelhandels einzumischen. Holen wir unser Geld durch bessere Tarife. *Aus Flugblättern des ver.di Bundesfachbereich Handel im Mai 2002.*

**Kurz & bündig****IBM**

Big Blue will sich aus der Festplattenproduktion zurückziehen. 700 KollegInnen gingen in Mainz aus dem Betrieb raus, um gegen den drohenden Abbau von 2500 Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Sie wollten sich nicht "wie Vieh zur Schlachtbank führen lassen", so der Betriebsratsvorsitzende.

**BMW**

Die Großfamilie der Quandt's (BMW-Mehrheitsaktionärin!) ist international nur auf dem 12. Platz mit ihrem Vermögen. Aber sie konnte es um 600 Millionen auf 21 Milliarden verbessern. Dollar! In der BRD gibt es jetzt übrigens 35 Milliarden (Euro!), sieben mehr als im Vorjahr.

**Deutsche Bahn**

Weil das Land Bayern Nahverkehrsleistungen an eine Privatfirma (Vogtlandbahn) vergeben hat, verlieren 60 Eisenbahner der Bahn AG in Regensburg ihren Arbeitsplatz. Die Vogtlandbahn ist bereit, einen Teil der Lokführer zu übernehmen. Aber zu einem noch wesentlich schlechteren Tarifvertrag. So sieht die Verkehrspolitik der CSU aus.

Die DKP im Internet:  
[www.dkp-muenchen.de](http://www.dkp-muenchen.de)

**In diesen Betrieben der Druckindustrie wurde mit Warnstreiks begonnen:**

Druckerei Ludwig Auer, Donauwörth ● Huhtamaki Ronsberg, Ronsberg ● Süddeutscher Verlag, München ● Schoder Druck, Gersthofen ● Main Echo, Aschaffenburg ● Donau-Kurier, Ingolstadt ● Giesecke & Devrient, Louisenthal ● Meiller Druck, Schwandorf ● C.H. Beck Buchdruckerei, Nördlingen ● Neue Presse, Coburg ● Mintzel Druck, Hof ● Giesecke & Devrient, München ● Allgäuer Zeitung, Kempten ● U.E. Sebald Druck, Nürnberg ● Druckhaus Dessauerstr., München ● SV-Druckzentrum, München ● Kieser Druck, Neusäß ● Neuer Tag, Weiden ● Amberger Zeitung, Amberg ● Presse Druck, Augsburg ● ADV, Augsburg ● Engelhardt Druck, Nördlingen

**AufDraht-Quiz**

In jedem Streik steckt ...

- A: Die Gefahr eines Flächenbrandes  
B: das Böse schlechthin  
C: ein Hauch von Doppelherrschaft  
D: die Hydra der Revolution  
Auflösung auf Seite 5

Weitere Betriebsartikel  
finden Sie auf Seite 8

**Was tun bei Tarifflicht?**

Der wichtigste Grundsatz: Niemals etwas unterschreiben, zum Beispiel einen Einzelarbeitsvertrag. Stattdessen sofort beim Betriebsrat informieren oder bei den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten.

Nur gemeinsames Handeln zwingt die Unternehmer zur Tariftreue!

Fortsetzung von Seite x

## „La lotta continua!“

Streik, was Konsequenzen haben werde, wie der RAI-Chef ankündigte.

Während des Ausstandes demonstrierten Millionen durch die Straßen der Städte und versammelten sich zu Protestkundgebungen: 400.000 in Florenz, wo der Sekretär der mit über fünf Millionen Mitglieder stärksten Gewerkschaft CGIL, Sergio Cofferati, sprach, 300.000 in Mailand, 200.000 in der FIAT-Metropole Turin, ebenso viele in Neapel. Die Kundgebungen fanden unter einem Meer roter Fahnen statt, darunter die Banner der Rifondazione Comunista mit Hammer und Sichel.

Bedenklich für die Regierung, dass sich unter den Streikenden und Demonstranten nicht wenige befanden, die vor zehn Monaten für Berlusconi stimmten, weil sie seinen Wahlversprechen glaubten, es werde „allen Italienern besser gehen“.

### Hände weg vom Arbeiterstatut

Es herrschte, wie die linke Zeitung „Manifesto“ schrieb, eine seit Jahren nicht gekannte kämpferische Atmosphäre. Neben Plakaten wie „Hände weg vom Artikel 18 des Arbeitsstatuts“, „Schluss mit dem Sozialabbau“ oder „Für ein menschenwürdiges Dasein“ immer wieder die Forderung der No-Global-Bewegung „Eine andere Welt ist möglich“, oder „Wir sind das Volk von Seattle“. Sprechchöre, Losungen und Transparente, welche die Politik des „Wirtschaftens in die eigene Tasche“ Berlusconi, der mit 24 Milliarden Euro persönlichem Vermögen auf Platz 14 der Weltrangliste der reichsten Kapitalisten der Welt steht, anprangerten.

„Schickt ihn nach Hause“, war noch eine recht harmlose Forderung. Radikale lauteten „Schluss mit der Herrschaft des Padrone“ oder „Er soll sich zum Teufel scheren“. Andere erinnerten an die „chilenische Nacht“ in Genua und warnten vor einer „Etablierung des Faschismus“. Dazwischen Karikaturen, die Berlusconi Konterfei als „lächelnden Diktator“, wie ihn der kürzlich verstorbene Kolumnist des großbürgerlichen, aber regierungskritischen Mailänder „Corriere della Sera“, Indro Montanelli, charakterisiert hatte, mit Napoleon-Hut zeigten.

Dann ertönte „Hoch die internationale Solidarität“, „Wir stehen an der Seite des palästinensischen Volkes“, „Gegen den Terrorkrieg der USA“ oder „Schützt unsere ausländischen Mitbürger“ und „Stoppt Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“.

### Juristen setzen sich zur Wehr

An den Kundgebungen nahmen Richter und Staatsanwälte teil, die dagegen protestierten, dass Berlusconi die Justiz der



Ebenfalls am 16. April in Neapel, aufgerufen von allen Gewerkschaften des Landes

Exekutive unterordnen will, und forderten ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie erinnerten daran, dass kürzlich ein Mailänder Staatsanwalt, der gegen den Premier die Ermittlungen wegen Korruption fortsetzte, strafversetzt worden war, was landesweite Proteste von Juristen ausgelöst hatte. Sie wiesen die antikommunistische Hetze zurück, mit der sie als „rote Richter, welche die Regierung stürzen wollen“, diffamiert werden.

Das Bild des für sein unerschrockenes Eintreten gegen die faschistische Gefahr bekannten Mailänder Generalstaatsanwalt Gerard D'Ambrosio war zu sehen. Er hatte kürzlich appelliert, den verfassungsfeindlichen Machenschaften Berlusconi entgegenzutreten, sonst werde „die Demokratie im Dunkel der Nacht versinken“.

### Gegen Präsidialregime

Berlusconi kündigte an, die Regierung halte an ihrem „Reformprogramm“ fest, was im Klartext Fortsetzung des Demokratie- und Sozialabbau heißt, der mit der Schleifung des Artikel 18 über den Kündigungsschutz, gültig für neun Millionen Beschäftigte, beginnen soll. Generell würden damit die Tarifverträge ausgehebelt und die Arbeitsverträge befristet.

Es ist auch bereits davon die Rede, das Streikrecht einzuschränken und Demonstrationen aus den belebten Innenstädten in die Randbezirke zu verbannen. Die Arbeiter sollen so als erstes an die Kandare genommen und ihr Widerstand gebrochen werden.

Den politischen Rahmen soll die Errichtung eines Präsidialregimes mit der Einschränkung der Legislative und die Stärkung der Exekutive mit autoritären

Vollmachten für den Staatspräsidenten bilden.

### Eine Kampfansage

CGIL-Sekretär Cofferati warnte den Regierungschef vor einer Konfrontation mit den Gewerkschaften. Unter minutenlangem Beifall der 400.000 in Florenz rief er aus: „La lotta continua“.

Damit kündigte er nicht schlechthin an, „Der Kampf geht weiter“, sondern er benutzte dazu den Namen der legendären radikal linken antifaschistischen Organisation aus den 70er Jahren „Lotta Continua“, deren einstige Mitglieder und Anhänger oder ihre Söhne und Töchter heute noch in der Rifondazione Comunista oder in den Cobas, den Basiskomitees der Gewerkschaften aktiv sind. Der Generalstreik, die Losungen und Sprechchöre, aber auch die Teilnehmer aus allen Volksschichten verdeutlichten, dass die Gefahr erkannt wird.

### Intellektuelle solidarisch

Es war eindeutig ein politischer Streik und er war nicht nur eine Angelegenheit der Arbeiter, sondern es handelte sich, wie PRC-Vorsitzender Fausto Bertinotti einschätzte, „um einen Streik des ganzen Volkes“. Der Vorsitzende der Linksdemokraten, Massimo D'Alema, rief dazu auf, „die grundlegenden demokratischen Freiheiten entschlossen zu verteidigen“.

Nach Monaten der Stagnation, die dem Wahlsieg der profaschistischen Koalition Berlusconi folgten, wurde deutlich, dass sich gegen den in der italienischen Nachkriegsgeschichte beispiellosen Demokratie- und Sozialabbau ein von einer Massenbewegung der Arbeiter getragener Widerstand formiert, mit dem sich Wissenschaft-



Am 16. April marschieren tausende durch die Strassen von Genua, mit roten Fahnen, Transparenten und einen von der Regierung Berlusconi an das Kreuz genagelten Arbeiter

ler, Schriftsteller, Künstler, Schüler und Studenten, Lehrer solidarisieren. Einen nachhaltigen Anstoß hatte der Theaterregisseur und Nobelpreisträger Dario Fo gegeben, der im Januar in einem stark beachteten Vortrag vor einer „Etablierung des Faschismus“ warnte und zur antifaschistischen Aktionseinheit mahnte.

Vor Beginn des Generalstreiks hatten rund 200 bekannte Intellektuelle Italiens einen Appell zur Verteidigung von Demokratie, Freiheit und zivilem Leben unterschrieben.

#### Appell zur Aktionseinheit

Nach der Drei-Millionen-Demonstration am 26. März in Rom war der Generalstreik eine unüberhörbare Kampfansage. Sie rückte vor allem deshalb landesweit in den Blickpunkt, weil im Dezember 1994 durch einen Generalstreik die erste Berlusconi-Regierung zu Fall gebracht worden war.

Inzwischen findet der Aufruf der PRC auf ihrem Parteitag Anfang April, auf der Grundlage einer Aktionseinheit zwischen PRC und den Parteien der linken Mitte eine breite Front des Widerstands gegen die volksfeindliche Politik der Regierung Berlusconi zu bilden, Widerhall. Unmittelbar nach dem Generalstreik trafen sich deren Parlamentsfraktionen zu einer gemeinsamen Sitzung, um das weitere Vorgehen zu beraten.

„La Repubblica“ kommentierte, mit dem Treffen, das mit Oppositionsführer Rutelli von der Demokratischen Partei und dem PRC-Vorsitzenden Bertinotti an der Spitze stattfand, komme Bewegung in die starren Fronten. Das Sprachrohr der Linken Mitte schrieb, neben fortbestehenden

Meinungsverschiedenheiten sei Übereinstimmung in den Vordergrund gerückt, die gemeinsames Vorgehen ermögliche. Dem Blatt zufolge wollen beide Fraktionen im Parlament eine Kampagne der Obstruktion eröffnen, um die Beseitigung des Artikels 18 des Arbeiterstatuts zu verhindern. Das bedeutet, eine Vielzahl von Gegenanträgen einzubringen, deren Bearbeitung über die Ausschüsse die Verabschiedung eines Gesetzes über Jahre verzögern kann. Die rechtsextreme Koalition hatte so ein halbes Jahr vor den Wahlen im Mai vergangenen Jahres die Annahme eines Gesetzes zur Rückkehr zum Verhältniswahlrecht (das derzeit nur zu 25 Prozent gilt) mit rund 1.000 Änderungsvorschlägen unmöglich gemacht. Als weiterer Schritt wird ein Referendum über Artikel 18 erwogen.

Parallel dazu kommt es bereits Mitte Mai zu einer ersten Schlacht auf parlamentarischer Ebene, deren Ausgang jedoch wesentlich auf der Straße vorbereitet wird: den Regionalwahlen, denen mit 13 Millionen Wahlberechtigten eine nationale Bedeutung zukommt. Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen wollen PRC und Linke Mitte ein Wahlabkommen zur gegenseitigen Unterstützung der Kandidaten schließen. Wenn der Widerstand weiter so anwächst, dürfte Berlusconi „das Lachen bald vergehen“, schrieb „Manifesto“.

Gerhard Feldbauer

**Der Artikel wurde entnommen aus:**  
**UZ - Unsere Zeit**  
**Sozialistische Wochenzeitung der DKP**

## AufDraht-Quiz

### Auflösung:

Auflösung? An den Antworten müsste Günther J. diesmal verzweifeln, denn je nach Standpunkt ist jede richtig.

Zu A: Das meint jedenfalls Arbeitgeberpräsident Hundt. Die Gewerkschaft habe eine Erwartungshaltung geschaffen, von der sie „jetzt nur schwer runterkommt“. (Stuttgarter Zeitung 23.4.02). Hundts Befürchtung hat wohl auch mit Antwort D zu tun.

Zu B: Im Bayernstreik 1954 wurden die Metaller in der Presse als „Terroristen“ beschimpft. Immerhin machen sie sich jetzt auf, „das zarte Pflänzchen Aufschwung zu zertreten“ (Hundt).

Zu C: „Wir organisieren hier was in unserem Interesse, so ein Hauch von Doppelherrschaft weht durch den Betrieb. Diesmal organisieren wir nicht die Produktion, sondern den Streik.“ Detlef Fendt, Vertrauensmann bei Daimler-Chrysler in Berlin, Interview in UZ vom 3.5.02.

Zu D: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution“, so der Ausspruch eines preußischen Finanzministers im 19. Jahrhundert. Karl Marx bringt's auf den Punkt: „Sie [die Arbeiter] treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. ... Stellenweise bricht der Kampf in Emeuten [Aufständen] aus. Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter...“

*Für alle Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter!*

**jeden Freitag um 19.00 Uhr**

Treffen der SDAJ

(Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend)

KommTreff ● Lothringer Str.6 ● 81667München

**Seminar der DKP Südbayern zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogrammes mit**

**Hans Heinz Holz**

Professor der Philosophie und Herausgeber der Zeitschrift Topos

**Samstag, 22. Juni 2002**

Otto-Huber-Hütte  
am Ammersee

Anmeldungen an:  
DKP München, c/o KommTreff  
Lothringer Str. 6 ● 81667 München

# Ein kämpferischer 1. Mai in München

Eindrucksvoll demonstrierten am 1. Mai deutlich mehr Münchner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als in den vergangenen Jahren vor allem für ein Ende der faktischen Nullrunden im Tarifkampf. „München steht an der Schwelle zum Streik“, titelte die Süddeutsche Zeitung ihren Bericht und stellte fest: „Der drohende Streik mobilisiert die Gewerkschafter“. Diesmal war also zumindest in München kein Gerede von dem „veralteten Ritual“ 1. Mai möglich, hatten sich doch bereits am Morgen tausende Menschen mit vielen fantasievollen Schildern und Transparenten vor dem Arbeitsamt zur Demonstration versammelt.

Das offizielle Motto „Globalisierung gerecht gestalten“ griff vor allem die DKP auf, die erstmals mit einem eigenen Block hinter dem - das gewerkschaftliche Motto etwas konkretisierenden - Transparent „Globalisierung gerecht gestalten - die Macht der Monopole brechen! DKP“ auftrat.

Die Hauptkundgebung auf dem Marienplatz (die SZ sprach von 4.000 TeilnehmerInnen) war belastet von einem peinlichen Auftritt des zum 9. Mal eingeladenen OB Ude, der im Februar das Demonstrationsrecht anlässlich der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ erfolglos hatte aufheben lassen. Er wurde begrüßt durch ein riesiges Transparent Junger Gewerkschafter „Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten! ... Herr Ude. Weder zur NATO-Tagung noch am 1. Mai“ und durch ohrenbetäubende Pfeifkonzerte und Buhrufe „Schäm Dich!“, so dass er sein „Grusswort“ nach einer kurzen Beschimpfung der „30 Störer winziger Gruppen“ abbrechen musste.

Besonders aktiv wurde hier die viele TeilnehmerInnen der Gewerkschaftskundgebung befremdende Präsenz einer Unmasse von Polizisten, die teils im Kampfanzug nach Kräften zur Verschärfung der Atmosphäre beitrugen und unfreiwillig-fatal an die Aussetzung der Demokratie im Februar erinnerten.

Hauptthema der Kundgebung war der Tarifkampf; vor allem die Gewerkschaft ver.di betonte ihre Solidarität zur IG Metall. Heinz Putzhammer vom DGB-Bundesvorstand forderte in Unterstützung des mit Warnstreiks beginnenden Arbeitskampfes, dass die Globalisierung den Menschen dienen müsse und nicht umgekehrt.

Bei herrlichem Frühlingsswetter gab es dann wieder das traditionelle Familienfest mit vielen Informationsständen fortschrittlicher und gewerkschaftlicher Organisationen.

Im Vorfeld hatten bereits am 28. April auf einer Veranstaltung der gewerkschaftlichen Linken etwa 70 Kolleginnen und Kollegen über den Tarifkampf und Schlussfolgerungen aus dem überwältigenden Generalstreik in Italien diskutiert. Die Losung



Der 1. Mai in München bereits im Zeichen des Kampfes gegen die Stoiber-Kandidatur - Stoppt den Abbau der Demokratie

der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung „Eine andere Welt ist möglich“, so berichtete Leo Mayer vom Parteitag der Rifondazione Comunista, war auch die Triebkraft des Generalstreiks in Italien, an dem sich nahezu 13 Millionen Menschen beteiligten.

**AufDraht**

Herausgeber:  
**DKP München und  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung  
München**

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Renate Hennecke, Lothringer Str. 6,  
81667 München, Telefon 448 22 71  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf\_Draht@gmx.de

## Serie zur Gesundheitsreform

Gesundheit für alle -  
nicht nur für Reiche

Stell dir vor, du würdest krank...

- und du hättest nicht das Geld für die „Selbstbeteiligung“ an einer notwendigen teuren Arznei.
- und das privat betriebene Krankenhaus würde dich erst aufnehmen und operieren, wenn du eine Kostenbeteiligung zahlst.
- und deine Krankenkasse teilt dir mit, dass dein Konto bei ihr erschöpft ist und sie die Kosten nicht mehr übernimmt.
- und dein Arzt will dir eine Operation verkaufen, die er bei sich selbst nie für notwendig halten würde ...

Dieses Horrorszenario kann Wirklichkeit werden, wenn die Vorstellungen der Wirtschaft, Teilen der Bundesregierung, der CDU/CSU und der FDP umgesetzt werden.

Die Medien verbreiten seit Jahren die Propaganda von der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Denn wir sollen auf einen umfassenden Abbau der Leistungen vorbereitet werden. Die sog. „Gesundheitsreform“ soll als unabwendbar von uns hingenommen werden.

**Doch die Behauptung einer „Kostenexplosion“ ist eine freche Lüge.** Zwar sind die durchschnittlichen Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung in den letzten Jahren von 11,4% (1980) auf 13,6% (1999) gestiegen. Und so ist es auch kein Wunder, dass die penetrant wiederholte Lüge von vielen Menschen geglaubt wird. Aber die Ursache ist eine ganz andere:



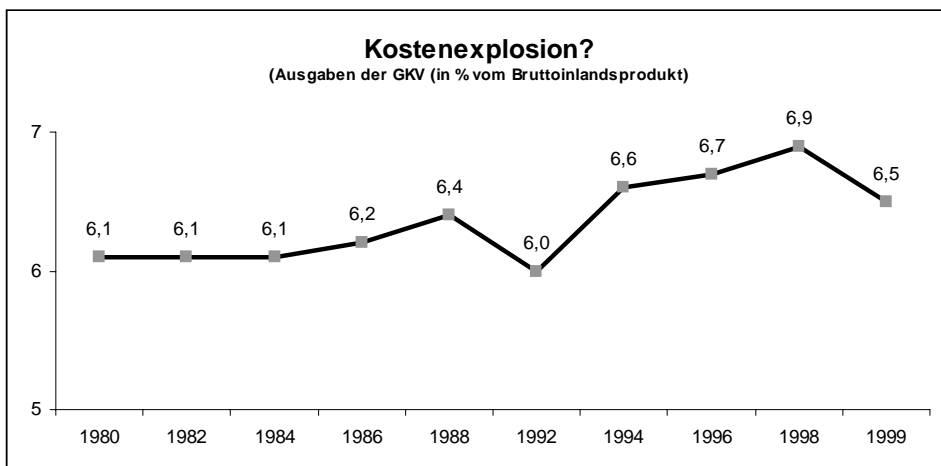
**nicht eine Steigerung der Ausgaben, der Kosten, findet statt, sondern sinkende Einnahmen durch die hohe Arbeitslosigkeit und zu geringe Lohn- und Gehaltszuwächse sind das Problem** (ausführlicher in den letzten beiden Nummern von Auf Draht dargestellt).

Außerdem werden die Mittel falsch eingesetzt, weil nicht das Interesse der Kranken im Mittelpunkt unseres Gesundheitswesens steht, sondern möglichst hohe Gewinne der Pharma- und der Medizingeräteindustrie!

Unternehmer und CDU/CSU für Selbstbeteiligung

Die CDU/CSU hat sich schon eindeutig festgelegt:

sie will im Falle eines Sieges bei den Bundestagswahlen den Anteil der Unternehmer an der Krankenversicherung festschreiben. Im Klartext bedeutet das Senkung ihres Anteils, z.B. auf 6%, wie es Arbeitgeberpräsident Hundt fordert. Da dann nicht mehr so viele Leistungen von der Gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden können, sollen wir eine **private Zusatzversicherung** abschließen wie bei der Rente. Die Union stellt sich da eine



„Selbstbeteiligung“ von 500 Euro jährlich vor (ein Betrag, der natürlich jederzeit zu steigern ist!). Schon der Begriff „Selbstbeteiligung“ ist eine Frechheit, denn erstens zahlen wir schon jetzt einen nicht kleinen Beitrag zur Krankenversicherung, und zweitens ist der sog. Arbeitgeberanteil sowieso ein Teil unseres Lohns bzw. Gehalts (schon der Begriff „Lohnnebenkosten“ sagt das ja).

64 Milliarden Lohnkürzung

„Wir wollen keine Vollkasko-Versicherung“ sagt CDU-Fraktionschef Merz dazu zynisch! Auch das ist eine weitere Provokation: Schon jetzt werden die Kosten nicht paritätisch aufgebracht, sondern durch die Zuzahlungen für Medikamente, beim Zahnersatz, im Krankenhaus usw. tragen wir bereits 75%! Das muss sich wieder ändern! Die Unternehmer beteiligen sich immer weniger an den Kosten für die Sozialversicherung: seit 1980 zahlen sie 64 Milliarden weniger - das ist praktisch eine riesige Lohn- und Gehaltskürzung!

Die SPD hat sich in ihrem Wahlprogramm gegen eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen ausgesprochen. Doch auch in ihren Reihen gibt es Befürworter dieser Zwei-Klassen-Medizin (Wahlleistungen sind immer Zahlleistungen!). So existiert ein geheimes „Kanzleramtspapier“, das die SZ im Juli letzten Jahres veröffentlichte, wo verschiedene Modelle der Privatisierung aufgelistet werden.

**Gegen diese „Gesundheitsreform“**

Wir können uns also nicht beruhigt zurücklehnen und hoffen, dass es schon nicht so schlimm kommen wird. Die Erfahrung mit der Rentenreform, wo nach der letzten Wahl die „Riester-Rente“, also eine private Zusatzversicherung, beschlossen wurde, sollte uns misstrauisch machen. Alle Aktivitäten von ver.di und IG Metall zu diesem Thema verdienen unsere Unterstützung. Betriebliche Beschlüsse zu dem Thema können der SPD klar machen, dass wir uns nicht für dumm verkaufen lassen!

Denn die Folgen sind klar:

Viele Menschen können sich eine Zusatzversicherung nicht leisten. Teure Behandlungen werden ihnen verweigert, egal ob sie lebenswichtig sind oder nicht.

Die Absahner sind die privaten Versicherungskonzerne.

Die Unternehmer steigern ihre Gewinne, und wir haben immer weniger Geld zum Leben.

Die sog. Reform bedeutet einen Abbau im Gesundheitswesen, der weit über alle bisherigen Angriffe hinausgeht.

**Das System von Profit und Macht im Gesundheitswesen muss von uns bekämpft werden!**

Es gibt eine Alternative, eine richtige Reform oder eine „gesunde Reform“, wie ver.di sagt (dazu mehr in der nächsten Auf Draht).



## 11. Mai 2002: 50. Todestag von Phillip Müller

Der junge Münchner Eisenbahnarbeiter aus dem Ausbesserungswerk Aubing wurde am 11. Mai 1952 von der Polizei erschossen. Aus einem Flugblatt der SDAJ (Sozialistische deutsche Arbeiterjugend):

# Wer war Phillip Müller?

pen. 1950 wurde er Mitglied der KPD und nahm als Delegierter der Münchner FDJ am Deutschlandtreffen und 1951 an den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin teil. Dort heiratete er auch seine Freundin aus der DDR. Als im November 1951 sein Sohn geboren wurde, stellte er einen Übersiedelungsantrag in die DDR. In der gleichen Zeit verlor er wegen „kommunistischer Umtriebe“ seine Arbeit. Nach den Weltfestspielen begann die Vorbereitung für die Friedenskarawane am 11. Mai 1952 in Essen.

Als die Demonstration am Vorabend verboten wurde, waren die Münchner längst unterwegs. In der Verbotsbegründung hieß es, dass die Polizeikräfte zu schwach wären, um eine ordnungsgemäße Durchführung der

Demonstration zu bewerkstelligen. Genug waren es aber in jedem Fall, um die Demonstration immer wieder auseinanderzuprügeln und Teile davon einzukesseln. Als von einem Lautsprecherwagen das Kommando „Feuer frei“ gerufen wurde, flohen alle, auch Phillip. Er wurde von einer Kugel in den Rücken getroffen, eine zweite traf ins Herz. Als ihn die Polizei wie ein Stück Vieh in einen Wagen schmiß, lebte er noch, auf dem Weg ins Krankenhaus starb der 21jährige. Seine Mutter stellte Strafanzeige gegen die Polizei. Die Anzeige wurde zurückgewiesen. Die Polizisten hätten in Notwehr gehandelt. In der Antwort der Behörden an den Rechtsanwalt hieß es unter anderem: „Der Schuß hatte Erfolg“.

Phillipp Müller wurde 1931 in Neuaubing in München geboren. 1948 trat der gelernte Schlosser in die Münchner FDJ ein und arbeitete im Sozialistischen Jungarbeiter Aktiv, einem Münchner Bündnis aus Falken, Jusos, FDJ und anderen antifaschistischen Grup-

## OCE POING

# Zwei Seelen, ach, in seiner Brust!

Ein Raunen ging durch die Reihen, begleitet von „Oooch [der Ärmste!]“, als der Werks-Chef vor versammelter Belegschaft seine innere Anteilnahme am gewerkschaftlichen Lohnkampf (6,5%!!) ein- gestand.

Innige Lippenbekenntnisse, Sympathie heischend, sind besonders dann kostenneutral machbar, wenn, wie in diesem IT-

Werk (mit niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad), eine Woche nach dem dortigen Warnstreik vom 11.4., für dieses Mal mit keinen weiteren Arbeitskämpfen zu rechnen ist.

Freilich räumte er flugs ein, so sehr er mit den Mitarbeitern fühle, müsse er doch den Arbeitgeber-Standpunkt einnehmen. Dazu passend bestätigte gleich sein Per-

sonalchef auf Nachfrage ausdrücklich, daß Arbeitspatzabbau gezielt „betrieben“ werden würde, kämen anders nicht genügend Arbeitsvertrags-Auflösungen für das 10%-Abbau-Ziel zustande.

Dementsprechend ist auch die Behauptung des Poinger Chefs zu verstehen, er fühle *mehr* als der Betriebsrat sich für die Mitarbeiter verantwortlich: als ein völlig folgenloses „Gefühl“. Die *tatsächlichen* Handlungen sind erklärtermaßen ausschließlich am Maximalprofit-Interesse des Kapitals ausgerichtet. Sicherlich kann er, der Boss mit Engelszungen, unsereinem erklären, dass das haargenau dasselbe ist wie das Interesse der abhängig (und hoffentlich noch länger) Beschäftigten. *Zwilling*

## DEUTSCHE BAHN

# Stellwerk unbesetzt

Der Rationalisierungswahn bei der Bahn AG kennt keine Grenzen. So kommt es immer häufiger vor, dass wegen Personalmangel Züge ausfallen oder verspätet fahren. So schlichen die Lokführer mit ihren Zügen auf der Strecke Northeim-Nordhausen über ungesicherte Bahnübergänge, weil das dazugehörige Stellwerk in Wulften wegen Personalmangel nicht mit

einem Fahrdienstleiter besetzt werden konnte. Nicht wenige Reisende verpassten ihre Anschlusszüge. Am gleichen Tag stellte Mehdorn den neuen ICE 3 vor und strahlte über die erreichte Geschwindigkeit von 330 km/h.

Wolfgang Hemme, erster Bevollmächtigter der Gewerkschaft Transnet, prangerte diesen Missetand öffentlich an. So

wurde der örtliche Zusatzbedarf von 40 auf 30 Prozent gekürzt. Deshalb steht zu wenig Personal zur Verfügung, um Urlaubsbedarf und krankheitsbedingte Ausfälle abzufangen.

Anstatt diese Missstände zu beseitigen, hat die Bahn dem Kollegen Wolfgang Hemme mit disziplinarischen Maßnahmen und dem Staatsanwalt gedroht. Das ist kein Einzelfall. Schon viele Gewerkschafter bei der Bahn wurden Opfer von disziplinarischen Maßnahmen (z.B.: Strafversetzungen, Gehaltskürzungen), weil sie Missstände öffentlich machten. *rsk*

**Mi, 29.5., 19.30 Uhr:**

Ergebnis der BR-Wahlen, Einschätzung Tarifrunde  
Gruppenabend des Betriebsaktivs der DKP München,  
im KommTreff ● Lothringer Str. 6 ● 81667 München

**Mi, 12.6., 19.30 Uhr:**

DiePDS und die Bundestagswahlen  
Veranstaltung des Betriebsaktivs mit Manfred Potschka,  
im KommTreff ● Lothringer Str. 6 ● 81667 München